

gämen wäre es unseren wackeren Rührer Genossen wirklich, daß ihre jahrelangen Anstrengungen endlich einmal mit Erfolg gekrönt würden.

Rehren wir nunmehr nach Sachfen zurück, so freut es uns, daß der Wahlkreis **Wittweida-Frankenbergr**, den Wahlrecht bereits zweimal vertreten hätte und der durch dessen Abreise gefährdet schien, voranschreitlich unserer Partei erhalten bleibt. Genosse **Bollmar** kommt dort mit dem konservativen **Boigtländer-Teigen** in die Stichwahl. Er ist zwar bis jetzt noch um circa 700 Stimmen im Nachtheil (5300 gegen 6000), darf aber in der Stichwahl auf einen erheblichen Zuwachs rechnen, während die 3000 Stimmen, welche der Fortschrittler **Harnisch** auf sich vereinigt, schwerlich dem Konservativen zu Gute kommen dürften. Wenigstens hat sich in Wittweida und Limbach, wo **Bebel** und **Hafenkeder** für **Bollmar** eintreten, die Stimmung nicht derartig gezeigt. Also auch hier heißt's: Müthig voran!

Im Wahlkreis **Freiberg-Oederan-Gainichen** hat Genosse **Kayser** gleichfalls mit einem Konservativen, dem Herrn von **Oehlshäger**, eine Stichwahl zu bestehen, ist ihm aber bereits um eine erhebliche Stimmenzahl voraus, (bis jetzt 4500 gegen 3100). Selbst wenn somit die 2500 secessionistischen Stimmen vollständig dem Konservativen zufallen, wie es bei einiger Agitation geschehen, diesen Wahlkreis, der sich bereits vier Mal für uns entschieden hat, der Partei zu erhalten.

In **Zwickau-Grimschichtan**, das anfangs als gewonnen gemeldet wurde, muß nun Genosse **Stolle** doch noch mit dem konservativen **König** eine Stichwahl eingeben. Es scheitert **Stolle**, der 7324 St., erhalten hat, nur noch wenige Stimmen zur absoluten Majorität. Sein Gegner hat 4896 Stimmen erhalten. Die fortschrittlichen werden demselben wohl nur zum Theil zufallen.

Und nun — laßt gut not laßt, müthig, aber nicht zum Übergeben, oder wie die Franzosen sagen, pour la bonne bouche, wollen wir **Chemnitz** hochleben lassen. Das dortige Resultat ist eines der glückseligsten des diesjährigen Wahllampes, die Chemnitzer Arbeiter haben sich famos gehalten. Mit 10,256 Stimmen marschirt Genosse **Bruno Geiser** gegen den konservativen Kandidaten **Heder** auf, der 6,214 Stimmen auf sich vereinigt. Von den 5000 Stimmen, welche der secessionistisch-liberale Herr **Koch** auf sich vereinigt, dürfte ein wesentlicher Theil sich der Stimme enthalten, denn die Chemnitzer Bevölkerung hat die Bismarckerei satt, und damit wäre unser Sieg entschieden. Chemnitz wiedererobert, das entschädigt uns für manche Verluste, welche der diesmalige, so überaus schwierige Wahlkampf mit sich gebracht hat!

Das wären unsere Stichwahlen, 22 an der Zahl, — für wahr, schon an sich ein schöner Erfolg für die gelähmte, unterdrückte Partei! In diesen 22 Stichwahlen unserer Partei kommen noch eine ganze Reihe Stichwahlen unserer Gegner unter sich, in denen wir den Ausschlag geben. So in **Weidenbach-Neurode**, in **Soran-Fors**, im dritten **Hamburger Wahlkreis**, in **Erfurt**, in **Jittan**, in **München**, in **Darmstadt**, in **Mannheim**, in **Stuttgart**, in **Kennep-Wettmann** u. s. w. u. s. w.

Zur Rücksicht bringen wir hier die Resolution des Weydener Kongresses in Erinnerung, welche lautet:

„Für den Fall von Stichwahlen empfehlen die Anwesenden den deutschen Parteigenossen im Allgemeinen Wahlenthaltung. —

Die erste Stichwahl unserer Partei ist auf den 4. November festgesetzt, und zwar eröffnet ebenso wie im Jahre 1878 **Eiberfeld-Barmen** den Reigen. Hoffentlich auch mit demselben Erfolge.

Beschäftigen wir uns nunmehr auch ein wenig mit den Wahlkreisen, in welchen für uns der Kampf bereits entschieden ist. Da ist Licht und Schatten natürlich viel ungleicher vertheilt als früher.

Allgemein aufgefallen hat sicherlich unsere Niederlage in dem bisher treuesten Wahlkreise unserer Partei, in **Glauchau-Meerane**, und auch wir sehen offen, daß uns diese Niederlage nach heutigem Standpunkt unseren Vertheil so lange zurückhalten, bis uns die Gründe dieser Niederlage aufgegangen sein werden. Wir können indes die Vermuthung nicht unterdrücken, daß ein gewisser Optimismus einen Theil der Schuld trägt.

Weniger überrascht hat uns der Verlust des 19. sächsischen Wahlkreises, **Stollberg-Schneeberg**. Wir theilten bereits in Nr. 38 des „Sozialdem.“ mit, daß die Gegner in diesem Wahlkreise Alles anboten würden, um die Wiederwahl **Kiebachs** zu verhindern. Im Uebrigen scheint das weiter unten gekennzeichnete Stimmzettel-Mandover seine Wirkung nicht verfehlt zu haben.

In **Leipzig-Land** ist Genosse **Diezgen** nun doch unterlegen, Dank der Wahlzettel aus Hauspapier. Die ländliche Freude der edlen Ordnungspartei über diesen „gelungenen“ Streich kennzeichnet folgende Karte des Leipziger Hauswirths **Sparg**:

„Der verehrlichen Redaktion des „Sozialdemokrat“ erlaube ich mir ergebenst mitzutheilen, daß die in Nr. 42 in Aussicht gestellte Klopffing des großen Diezes durch sein Diminutivum in umgekehrter Weise stattgefunden hat. Jetzt sind wir lustig!
Leipzig-Land, 20/10. 81. Sparg.

Dieze 11,283
diegen 10,517

Das „Diezgen“ ist mit kleinem Anfangsbuchstaben und in ganz kleiner Schrift geschrieben — wie geistreich. Und das wagt es, sich als Politiker anzupreisen, und das kann u. sich als Politiker ausprechen in der Stadt der Intelligenz Leipzig!

Wir aber können mit den 10,517 Stimmen, die wir trotz der Hauszettel — der Hanz wird auch zu anderen Zwecken gebraucht, Bruno! — erhalten haben, wohl zufrieden sein.

Im Wahlkreise **Jittan** haben wir trotz Sozialistengesetz einen sehr hübschen Stimmenzuwachs zu verzeichnen (von 1921 Stimmen auf 2,554).

Einen relativ bedeutenden Zuwachs haben wir im Wahlkreise **Halberstadt** zu verzeichnen. Von 1906 Stimmen, welche wir 1878 erzielten, sind wir diesmal auf 3199 Stimmen für unsere Kandidaten **Kugler** & **Heine** avanciert. Nur einige Hundert Stimmen fehlten, und wir hätten eine Stichwahl mehr zu verzeichnen gehabt.

In **Stuttgart** haben wir, trotzdem die Gegner, Volksparteier wie Liberale, Kiefernansprengungen im Stimmenlang machten, unsere Stimmenzahl von 1878 (4100) unverändert erhalten. Freund und Feind sind darüber einig, daß dies ein großer Erfolg für uns ist. Das gleiche ist in **München** der Fall, welches ein höchst unbedeutendes Minus für uns aufweist.

Einen erheblichen Stimmenzuwachs haben wir wiederum in **Mannheim** und **Frankenthal-Spener** zu verzeichnen, wo unser Kandidat **Dreesbach** es auf zusammen 5000 Stimmen brachte. In der Stadt **Spener** selbst erhielt **Dreesbach** mehr Stimmen als der Redakteur der christlich-sozialen „Pfälzer Zeitung“, der bekannte Schriftsteller **Dr. Eugen Jäger**. Rechte gut gehalten hat sich auch **Bremen** mit 4800 Stimmen für **Freid**. Die Wahl in **Kiel** wird wegen der unerscherten Volkseinstimmigkeiten wahrscheinlich umgekehrt werden, desto höher fallen die trotz aller Hindernisse und trotz der durch **Dobner**'s Ablehnung hervorgerufenen Mißstimmung erzielten 4700 Stimmen ins Gewicht.

In **Neuß-jüngere Einie** sind unsere Stimmen von 1865 auf 2782 (für Genosse **K. Prätter**) gestiegen, trotzdem uns ein fortschrittlicher „Arbeiter“-Kandidat (**Dr. Max Hirsch**, sowie ein christlich-sozialer „Arbeiterfreund“ (**Dr. Dahm**) gegenüberstanden.

Noch eine ganze Reihe von Orten wären zu erwähnen, in denen wir Zuwachs gewonnen, oder unsere alten Bestände erhalten haben, wir denken aber, für heute seien es der Beispiele genug.

Sehen wir nun von unserer Partei ab und betrachten das Wahleresultat im Großen und Ganzen, so haben wir auch hier allen Grund, zufrieden zu sein. Unser „bester Agitator“ hat brillant gearbeitet, besser konnte man es wirklich nicht verlangen. Mit seiner gewohnten Thätigkeit hat er sich selbst den Kopf abgehakt, auf dem er sitzt; und hier hilft ihm kein feiges Heer aus der Patsche, der „Reinfall“ liegt so offen zu Tage, daß ihn jedes Kind begreift.

Des großen Kanzlers Herrlichkeit geht zu Ende, das ist das Fazit der diesmaligen Reichstagswahlen.

Was sollten sie ihm liefern? Eine sogenannte Regierungsmajorität. Die Konservativen allein sind zu schwach, es frägt sich also, ob konservativ-liberaler oder konservativ-kerikaler Mißgeschick. Bisher hatte der „geniale“ Staatsmann wenigstens die Wahl, er konnte die „drei Armeekorps“ **Bennigsen**, **Windthorst** und **Klein-Reyow** abwechselnd einspannen, **Windthorst** und **Bennigsen** abwechselnd gegen einander auszuspielen. Das ist jetzt anders geworden. Das **Windthorst'sche** Armeekorps kehrt zwar in seiner alten Stärke oder gar noch stärker als vorher zurück, aber das ist eine verdammt heimatlose Gesellschaft, die hat das Reinfagen aus dem Pö. gelernt, auf die Dauer geht es mit der feineswegs. Was ist aber aus dem Armeekorps **Bennigsen** geworden? O Jammer, zerrieben, zerstoßen in alle Winde! Fortschritt und Sezession, die ER als verkappte Republikaner von seiner Meute belästigen ließ, kehren verstärkt in den Reichstag wieder, sein Schooskind **Bennigsen** aber, das ER nur demüthigen, nur ein wenig schmiegamer machen wollte, dessen Zurückhaltung ER schmerzlich bedauerte und dem ER so stetig zugeworfen hatte:

„Laß Dich vom guten Engel warnen
Und nicht vom Luten Dich umgarnen —

der regierungsfähige Nationalliberalismus, sowie Seine Leibfraktion, die Frei- u. Konservativen, haben die Jede bezahlen müssen.

Und so ist sein „schöner Traum“ zu nichte — mit der liberal-konservativen Majorität ist es Uffig, und es bleibt ihm nur noch die kerikalkonservative, d. h. **Carossa**, wie es klassischer nicht gedacht werden kann.

Die **Hohenzollern**, das protestantische Fürstenhaus par excellence, angewiesen auf die Unterstützung derjenigen Fraktion, die sich vor 10 Jahren gegen das deutsche Reich mit der preussisch-protestantischen Spitze organisierte, — sagt, ist der Bismarck nicht ein genialer Kerl?

Der schnapbedenkte Beibruder in Berlin scheint die jämmerliche Situation, in welche ihn sein Hausmaier gebracht, gar nicht zu empfinden, vom Denken ist bei ihm schon längst nicht mehr die Rede, desto erdoster ist sein protestantischer Eifer, der aber bisher aus Furcht vor dem populären Kanzler seine Wuth nur durch seinen Hausfreund **Bunfen** hat laut werden lassen.

Bismarck ist sich der ästhetischen Gefühle, welche „unser Frey“ gegen ihn hegt, wohl bewußt, er weiß auch sehr gut, daß es mit dem „ollen Willen“ rapide bergab geht, daher spielte er bei den jetzigen Wahlen va banque! schreie Himmel und Hölle in Bewegung, — er hat sein Spiel nicht gewonnen, das heißt für ihn, er hat es verloren. Hoff gegen **Bismarck**, das ist der Liberalismus des Kronprinzen, die Kronprinzen-Fraktion **Jordan**-**Stauden**-**Rastler** kehrt gekürt in den Reichstag zurück.

Er könnte Einen eigentlich jammern, der große Kanzler, Ueberall wo Er Seinen persönlichen Einfluß in die Waghsaale warf, plumpsten Seine Kreaturen jämmerlich durch. In **Langensalza-Wahlhaus** stieg Er in der Person Seines Bill, des Reichshundes, höchstselbst zur Bolle herab — der Fortschrittler **Ebert** wird gewählt; in **Wiesbaden** läßt Er erklären, daß Ihn die Wahl des **Erstkapitän Werner** sehr erfreuen würde — Grund genug für die **Wiesbadener**, den schon sehr invaliden **Schulze-Delitzsch** nach **Wiesbaden** zu holen. In **Wiesbaden** ist Ihn in der **Vor-Redemandede** „**sch a m l o s!**“ zugeworfen, zu Halle zu bringen, — **Strupe** wird mit großer Majorität wieder gewählt. Den **Bremen** fern schied Er Seinen Freund u. **Russerow**, der ihnen goldene Berge verspricht, nur sollen sie den Konul **Meier** nicht wählen, — mit 13,000 Stimmen rückt **Meier** in den Reichstag ein, während **Russerow** nicht 900 anstreibt. **Georg v. Bunsen**, den Er wegen einer gegen Ihn gehaltenen Rede mit einem der berüchtelten Strojantragformulare beglückte, der es genogt hatte, in einer andern Versammlung mit den Worten zu schließen: „**Er (Bismarck) ist gerichtet!**“ — dieser selbe **Bunsen** sagt trotz einer wahren Ueberschwemmung seines Wahlkreises mit bismarckischen Agenten und Agitationsblättern in wohlhabender imponanter Weise. In **Tanzig** läßt Er durch den dortigen Landrath v. **Grimm**! ein Bündniß zwischen Zentrum und Konservativen vermitteln und erklären, daß es für Ihn von höchsten Werthe sei, daß der Liberale **Kiebert** nicht wiedergewählt werde, die Liberalen, müthig wie immer, geben den Wahlkreis fast verloren, — und die **Tanziger** wählen **Kiebert**. Herr **Abol Wagner** erzählt in jeder Kandidatentrede, wie er mit **Bismarck** über dessen Sozialreform konfessiert habe, wie er so ganz des großen Kanzlers Ideen theile, in Folge dessen laßt Herr Wagner in aller vier Wahlkreisen, wo er sich präsentirte, mit **Eleganz** in die Rufe. **Fugen Richter** wird trotz seiner Freihändlererei in dem schuldlosen Wahlkreise **Hagen** mit glänzender Majorität gewählt, nur weil **Bismarck** ihn mit Seinem tödtlichen Hasse verfolgt, während gegen **Bismarcks** Basenfreund **Kardorff** auf einen ersten Versuch hin der Sezessionist **Jordan** bed in die Stichwahl kommt, und gegen seinen Rathgeber **Farnhüder** der Volksparteier **Meier** einen eklatanten Sieg davon trägt. In **Randow-Größenhagen (Pommern)** kandidirt der Sohn seines Todfeindes, **Haren v. Arnim**, als Sezessionist, d. h. als **Kantibismarcker**, und wird sofort mit großer Majorität gewählt. Im **Lauenburgischen**, wo sich bekanntlich Seine Älter befinden, läßt Er extra noch Wahlsymmetrie vornehmen, der Landrath, Sein ganzes Beamtenpersonal, Alles wird in Bewegung gesetzt, um eine Wahl nach Seinem Herzen zu erzielen, aber die **Lauenburger** haben trotz alledem den Sezessionisten **Schrader** in den Reichstag.

Dazu kommt noch der Verdruß, daß Sein höchstselbstes Fabrikat, das schöne Sozialistengesetz, die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter nicht hat verhindern können, die angenehme Auskunft, Seine sozialen Reformschwändeleien auch färdherhin von Leuten, die etwas von der Sache verstehen und das Vertrauen der Kreier genießen, kritisiert — d. h. als **Schwindel** entlarvt zu sehen — neh, so viel Keeger spülen selbst 2 Liter Cognac pro Tag nicht hinunter!

Das kann eine lustige Session abgeben.

Briefe aus dem Gängniß Deutschland.

Den 28. Oktober 1881.

Das Resultat der Wahl läßt sich, im Augenblick wo ich dies schreibe, noch nicht überblicken. Eine Thatsache ist aber bereits feststellbar: daß die Sozialdemokratie ihre Probe gut bestanden hat. Das Sozialistengesetz ist so gründlich ad absurdum reduzirt, wie das nur gewünscht werden konnte. Die Zahl der von unserer Partei abgegebenen Stimmen wird zwar voraussichtlich nicht die Zahl der bei der vorigen Wahl abgegebenen erreicht haben, und in diesem und jenem Kreis, wo wir den Kampf ernsthaft geführt, dürfte ein „Abgang“ zu verzeichnen sein, aber das mindert nicht die Bedeutung unseres Erfolgs. Daß wir diesmal nicht auf eine volle numerische Entfaltung aller sozialdemokratischen Wahlkräfte rechnen konnten, verband sich von vorn-

herein von selbst und wurde im „Sozialdemokrat“ schon vor drei Viertel-jahren als selbstverständlich bezeichnet. Eine volle Entfaltung unserer Kräfte an der Wahlurne ist nur möglich bei einer freien Wahl. Kann nun unter den heutigen Verhältnissen, wo die Mehrzahl der Staatsbürger und das Gros unserer Partei in ökonomischer Abhängigkeit lebt, sogar in normalen Zeiten von einer freien Wahl nur in sehr beschränktem Sinne die Rede sein, so ist dies unter der Herrschaft eines insamen Ausnahmegesetzes, das insam gehandhabt wird und der Sozialdemokratie jede öffentliche Wahlagitation unmöglich macht, in noch weit höherem Grade der Fall. Kann von einer freien Wahl, kann überhaupt von einer wirklich en Wahl die Rede sein, wenn eine Partei der Waffen, welche die Presse verleiht, beraubt ist, an der Ausübung des Versammlungsrechts, an der Bildung von Wahlkomites, an der Sammlung von Wahlsonde, an der Verbreitung von Wahlsingblättern, an der Anfertigung von Wahlsplakaten, ja sogar an der Veröffentlichung der einfachsten Wahlannoncen verhindert wird? Und wenn, hiermit nicht genug, Jeder, der für die gelähmte Partei eintritt, für Wahlschwede irgend thätig ist, jeden Augenblick in Gefahr steht, von der Polizei überfallen, durchsucht, angeplündert und verhaftet zu werden?

Während der 4 letzten Wochen vor der Wahl sind — nach einem sorgfältigen Ueberschlag — in Deutschland mindestens sechshundert Verhaftungen, einzig zur Lahmlegung der sozialdemokratischen Wahltätigkeit, vorgenommen worden, und haben auch die Verhafteten fast sämtlich noch wenigen Stunden oder Tagen wieder entlassen werden müssen, so liegt es doch auf der Hand, daß derartige Vorgänge auf Viele einschüchternd wirken müssen. Zu den Massenverhaftungen kommen noch die Hausdurchsuchungen und persönlichen Durchsuchungen, deren Zahl sich im letzten Monat wohl auf tausend und mehr belaufen haben dürfte.

Und die Polizei hat sich nicht damit begnügt, jedes Wahlsingblatt, auch das unverfänglichste, zu beschlagnahmen und zu verbieten und die Verbreiter zu verhaften — die Polizei hat an vielen Orten sogar die Verbreitung sozialdemokratischer Stimmzettel zu verhindern gesucht, Anträger von Stimmzetteln verhaftet und Stimmzettel weggenommen.

Unter diesen Umständen kann man es nur natürlich finden, daß in solchen Kreisen, wo die sozialdemokratischen Wähler nicht dicht zusammenwohnen und also nicht die Vorteile der Konzentration großer Massen auf einem Punkt haben, der Wahlsatz, als eine gefährliche Handlung, von Vielen nicht angeht wurde.

Der Wahlsatz war für den Wähler um so mehr eine gefährliche Handlung, weil die Feinde der Sozialdemokratie diesmal in den meisten Wahlkreisen dafür gesorgt hatten, daß das Wahlsingheimlich vorkommen aufgehothen wurde. Was kam die mangelhaften Bestimmungen des Reichswahlgesetzes in Bezug auf die Art und Weise der Stimmabgabe. Der Stimmzettel — so ist vorgeschrieben — soll von weißem Papier sein, keine äußerlichen Merkmale tragen und, zusammengesaltet, von dem Wähler dem Wahlvorsteher überreicht werden, der ihn in die Wahlurne steck. Das ist Alles. Das Ungehörige dieser Bestimmungen leuchtet ein. Was ist „weißes Papier“? Es gibt „weißes Papier“ von tausendlei Dide, Farbenschattirung u. Und schon an der Farbe und Dide des Papiers können die Stimmzettel leicht unterschieden werden. Außerdem kann, da das Format der Stimmzettel nicht festgesetzt ist, die eine Partei Stimmzettel von Bogengröße (Folio), die andere in der Größe einer Bistenkarte abgeben. Daß aber der bloß zusammengesaltete, mit nicht dem geringsten äußerlichen Merkmal versehene Stimmzettel in Folio von einem Stimmzettel in Bistenkartenformat leicht und sicher zu unterscheiden ist, bedarf keiner näheren Ausführung. Und, wie man weiß, sind die Mißbräuche, welche aus diesen lazen und lächerlichen Bestimmungen des Reichswahlgesetzes hervorgegangen sind, bereits mehrfach zur Sprache gekommen und haben den Vorschlag veranlaßt, daß in Zukunft die Stimmzettel in amtlich abgebenen werden sollen. Der Vorschlag wurde jedoch von der Reichstagsmehrheit zurückgewiesen, die, als Vertreterin der herrschenden Klassen, ein lebhaftes Interesse hat, des Wahlsingheimlich thätig zu beseitigen und eine freie Wahl zu verhindern. Alles was früher an Wahlmißbräuchen in dieser Richtung geschehen ist, war aber nichts, verglichen mit dem, was dies Mal von Seiten der Gegner geleistet worden. In einzelnen Wahlkreisen, z. B. im 19. sächsischen (**Stollberg-Schneeberg**), warteten die „Ordnungsparteier“ bis drei Tage vor der Wahl und ließen dann an die Wähler Stimmzettel von dem Format eines doppelten Briefbogens und von einer schwer zu beschaffenden Papiersorte vertheilen. Im Leipziger Landkreis bestand die Hauptthätigkeit des Wahlkomites der Ordnungsparteier darin, in Leipzig ein Hauspapier von sehr auffälligem Gewebe, das nur in einer einzigen Fabrik hergestellt wird, aufzutreiben und den ganzen Vorrath anzukaufeu. Von diesem Papier, dem unsere Partei kein annähernd ähnliches entgegenzusetzen vermochte, wurden die Stimmzettel für Herrn Dieze verfertigt. Es ist keine Uebertreibung, wenn wir sagen, daß ein paar tausend Wähler bloß durch diesen Kniff von der Ausübung des Wahlrechts abgehalten worden sind. Unter solchen Umständen wiegen die für uns abgegebenen Stimmen doppelt und dreifach.

Man wird sich erinnern, daß in der Konfliktzeit das Bismarck'sche Ministerium alle nicht abgegebenen Stimmen sich zählte. Das erregte verdientes Gelächter. Wenn aber die Sozialdemokratie jetzt ein ähnliches Rechenexempel machen wollte, so wäre sie dazu keineswegs unberechtigt. Denn die Feinde haben es in ihrer Macht, alle ihre Anhänger nebst dem Hausen der Gleichgültigen an die Wahlurne zu treiben, und den sozialdemokratischen Wählern die Ausübung des Wahlrechts aufs Keuferste zu erschweren, in unzähligen Fällen geradezu zur Unmöglichkeit zu machen. So viel steht fest: wären wir im anschließlichen Besitz der äußeren Machtmittel und würde von unserer Seite so rücksichtslos gegen die feindlichen Parteien vorgegangen, wie von diesen gegen uns, so würden die feindlichen Parteien so gut wie gar keine Stimmen aufzuweisen haben. Die Opfermüthigkeit und der Ueberzeugungsmuth, welche allein in einem erfolgreichen Widerstand gegen Unterdrückung und Verfolgung bestehen, fehlen unseren Feinden, und sind gegenwärtig in Deutschland bei keiner anderen Partei zu finden als bei der Sozialdemokratie.

Die Fortschritte, welche wir in vielen Wahlkreisen, besonders solchen mit großen Städten gemacht haben, erklären sich theils aus dem immer weiteren Umfange unserer Ideen, theils daraus, daß da, wo unsere Genossen in Masse zusammenwohnen, die Unterdrückungs- und Verfolgungsmassregeln nicht, oder nur in geringerem Maße einschüchternd wirken.

Alles in Allem genommen befindet die Reichstagswahl des Jahres 1881 das Wachstum der Sozialdemokratie, dem Sozialistengesetz zum Trotz.

Punkt 6.

Ein Vorschlag zur Diskussion.

Wir Recht hat der Vorkongress sich nicht auf eine ins Detail gehende Beratung der Frage eingelassen: „Welches sind die Gesetze, die unverzüglich zu erlassen und zu beseitigen wären, sowohl auf ökonomischen wie auf politischen Gebiete, um den Sozialismus zum Durchbruch zu bringen, wenn — auf welche Weise immer — die Sozialisten an's Ruder kommen.“ Menschen und Verhältnisse sind in den verschiedenen Ländern so verschieden, daß ein einheitlicher Plan zu durchaus verfehlten Maßregeln führen müßte. Für Deutschland erscheint die Sache einfach. Man folgt dem Beispiel, das der edle Heldengreis und sein großer Kanzler gegeben und erfüllt sofort ein:

Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Monarchisten und Ausbeuter.

- § 1. Vereine, welche monarchischen oder ausbeuterischen, auf Untergrabung der republikanischen Staats-, resp. der sozialistischen Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten. Den Vereinen gleich zu achten sind Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen, Aktiengesellschaften u. s. w.
- § 2. Auf Grund des Verbotes sind die Vereinsliste, sowie alle für die Zwecke des Vereins bestimmten Gegenstände durch die Behörde mit Beschlagnahme zu versehen.
- § 3. Versammlungen, von denen anzunehmen ist, daß sie Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen werden, sind zu verbieten. Versammlungen, in welchen solche Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen.
- § 4. Druckschriften und Briefe, welche Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen, sind zu verbieten und zu konfiszieren. Bei periodischen Druckschriften kann sich das Verbot auch auf das fernere Erscheinen derselben erstrecken.
- § 5. Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung monarchischer oder ausbeuterischer Bestrebungen ist verboten. Gesamte Beiträge sind zu konfiszieren.
- § 6. Personen, von welchen wegen ihrer monarchischen oder ausbeuterischen Gesinnung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist, kann der Aufenthalt im Reich der sozialen deutschen Republik verweigert werden.

Mit diesen sechs Paragraphen, in höflichstem Geiste gehandhabt, kann die soziale Republik sicherlich dem gemeingefährlichen Treiben aller Monarchisten und Ausbeuter ein schleuniges Ende bereiten. Durch die Konfiskation der Kassen- und Vermögensstücke aller gemeingefährlichen Vereine werden dem Staate die Mittel zur Durchführung seiner sozialen Reorganisation zum großen Theil gewährt. Was fehlt, läßt sich leicht durch einen lebenden Paragraphen beschaffen, für welchen uns ebenfalls Kaiser Wilhelm und sein genialer Kanzler das Vorbild geliefert haben.

Zu der Meinung, daß Monarchen niemals auf ihr „göttliches Recht“ verzichten, haben sie das Vermögen des Königs von Hannover mit Beschlagnahme belegt, und wird dasselbe nun zur Bekämpfung der geheimen Intrigen und zur Befestigung der neuen Staatsordnung im sogenannten deutschen Reiche verwendet. Unsere Gegner können sich sicherlich nicht beklagen, wenn wir ihnen gleiche Behandlung zu Theil werden lassen. Was ein König von Gottes Gnaden seines Gleichen gethan, können wir wohl unsern Todfeinden thun. Wir müssen sie „königlich“ behandeln und folgenden Zusatzparagraphen zu dem „Monarchisten- und Ausbeuter-Gesetz“ erlassen:

§ 7. Personen, welchen auf Grund des vorstehenden Paragraphen der Aufenthalt im Reich der sozialen deutschen Republik verboten ist, verlieren die Disposition über ihr Vermögen. Der Staat übernimmt die Verwaltung und ist zu einer Rechnungslegung den bisherigen Besitzern oder deren Erben gegenüber nicht verpflichtet.

Scharf und schneidig, ja hart, wie dieses Gesetz ist, müssen die neuen Gesetze überall da sein, wo der freihellen Entwicklung in gleicher Weise von den Machthabern entgegengetreten wurde. Was gegen uns recht, ist gegen unsere Feinde billig! Mit dem Maß, mit dem sie uns gemessen haben, müssen sie wieder gemessen werden.

Deutschland, am 20. Jahrestag der Krönung
Wilhelm's, des „Rüchbergers“.
Ein Ausgewiesener.

Alle Neuere!

Ein zeitgemäße Reminiscenz.
(Aus Königsberg.)

Neben Königsgarten in Königsberg in Preußen liegt das Theater. Hinter diesem ziehen sich lange hohe Mauern hin, nur von einem Gebäude unterbrochen, welches von dreiflüchtigen roten Häusern mit Blechdächern vor den Fenstern überragt wird. Das sind der Inquisitionarhof, der Justizpalast und die Gefängnisse des besagten Gerichtshofes.

Manchmal umschlossen diese hohen Mauern recht sehr anständige Gesellschaft. In dem dankwürdigen Jahre, als preussische Richter aus der preussischen Verfassung einen klaren und deutlichen „freihellen“ Paragraphen mit größter Freiheit herausentnommen, beherbergten sie zum Theil eine Menge ehrenwerther politischer Verbrecher. Es waren dies Dr. Damas, zur Zeit bei der „Vossischen Zeitung“ in Berlin, Professor Dr. L. v. Hakenkamp und Edward Saß, beide zur Zeit thätig bei der „Frankfurter Zeitung“, Dr. Johann Jacoby und Dr. Leopold Minden, genannt Kaub. Die beiden Letzteren weilen nicht mehr unter den Lebenden. Kaub-Minden erlag einem Brustleiden, welches ihm bei einer früheren Haft im Wollenshaus eines der erwähnten roten Häuser eingeimpft war, wohn man ihn aus besonderer Liebe gefest hatte. Nicht die Strafe, sondern das Verbrechen drückt nieder, und so verließ die genannten Männer, die unter allen Umständen viel ehrenwerther waren als ihre Richter, nicht eine Minute die gute Kaube, trotz langer, zum Theil sehr langer Haft.

Dr. J. Jacoby hielt sich streng an die Gefängnisordnung, verlangte für sich auch nicht eine Vergünstigung. Er rauchte im Kerker nicht, er empfing erlaubte Besuche nur in den Freistunden auf dem Hofe, niemals in seiner Zelle.

Weniger streng nahmen es die andern genannten eingekerkerten Freigewandten. Sie kamen in ihren Zellen gefällig zusammen, empfingen gemeinsam oder einzeln, natürlich soweit es gestattet wurde, in derselben Besuche von Freunden. Manches kräftiger politischer Artikel, mancher launige Gedicht verdankt seinen Ursprung der erzwungenen Ruhe des Gefängnisses und wußte aus den düsternen Mauern seinen Weg in die Freiheit zu finden, wenn vieles davon auch nicht gedruckt wurde. In solchen Angelegenheiten gehört ein Gedicht von Kaub-Minden. Hier folgt dasselbe:

Wilt's noch Richter in Berlin?
Klosterabthilf.
Wollt hoch! Es leben alle Kämpfer!
v. Lippe.

Alle Neuere, Stamm-Honorer,
Sind dem Regelschützen schwer;
Doch der Kriminal-Senat
Kriecht schon fertig den Solat;
Sagt der Lippe: sieben Affen,
Sagt der Schickmann: neuere treffen,
Nimmt zwei Hilfsarbeiter an
Und so steht er seinem Mann.
Dann nun die Hunde wissen,
Wen — sie künig an... können,
Woll'n die Neuere wir besingen
Und in Fühlweise bringen:
Hier darunter sind von Adel —
Doch nicht Ritter ohne Lobel;
Zwei davon sind Stübci
Als der Krone dienbar Vieh.
Künig sind aus dem Bürgerhand,
Gott bewahr' das Vaterland.
Allen nun zu Ruh und Frommen
Werden jetzt die Namen kommen:

*) Selbstverständlich legen wir das Gesetz zu Grunde, welches unser genialer Kanzler seiner Zeit dem Reichstag vorgelegt hat und nicht das Kompromißwerk zwischen dem Kanzler und dem Reichstag. De facto, d. h. in der That, ist ja auch das erstere, viel „schneidigere“ in Kraft.

Schickmann heißt der 1. Affent,
Oberschweinband sonst genannt;
Lippelstich war in Stettin
Oberhaarkamrat vorhin;
Hester, Schleswig-Holsteinfresser,
Anßerdem auch noch Professor;
Daniels aus dem Rhein'schen Lande
Bleibt für dieses ew'ge Schandel!
Eding, Kuhn, sowie Holleben —
Wüdig in der Lust zu schweben;
Und zuletzt als muthige Streiter
Die bewußten Hilfsarbeiter:
Donates ist recht zum Hohn
Vittausens misrathner Sohn!
Da ein End hat jedes Ding,
Heißt der letzte Schweinhund Fin!
Und auf diese Weise macht sich
Paragraphe Vier und achtzig!

Briefe behalten sich leichter und wollen wir durch Abdruck dieser dazu beitragen, daß die Namen der richterlichen Ehrenmänner nicht vergessen werden. Vielleicht veranlassen sie einen jüngeren Genossen, die ehrenwerthen Leipziger Dreizehn gleichfalls in entsprechender Weise zu besingen.
Ein alter Freund Kaub's.

Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 2. November 1881.

— Wer ist der Janhage! — Unmittelbar nach Verkündigung des Wahlergebnisses — so wird der „Berliner Volkszeitung“ aus amtlichen Quellen berichtet — zogen starke Truppen von Menschen, die von einer aufgelösten antisozialistischen Versammlung aus Sommer's Salon kamen, unter dem Gesange von „Deutschland, Deutschland über Alles“ und Hochrufen auf den Fürsten Bismarck und Liebermann von Sonnenberg durch die Straßen am Kaiserhof vorbei nach der Kranzler'schen Gasse, Linden- und Friedrichsstraßen-Gasse. Im Zentral-Hotel war inzwischen von der Fortschrittspartei eine große Versammlung veranstaltet worden, um das telegraphisch übermittelte Wahlergebnis zu publizieren, und dazu 3000 Billets ausgegeben. Eben so viel Personen ohne Willens hatten sich vor dem Zentralhotel, Einlaß begehrend, eingefunden. Dem höchsten Aufforderung der Polizei zum Auseinandergehen und Räumen der Treppenhalle leisteten die Letzteren schließliche Folge und begaben sich nach dem Cafe Bauer. Hier trafen dieselben mit größter Heftigkeit unter Hochrufen auf Löwe und Bredow mit den bereits oben gemeldeten Truppen zusammen, so daß es zu ersten Weidereien kommen zu sollen schien. Noch einker schien die Situation werden zu wollen, als plötzlich gegen 12 1/2 Uhr zahlreiche Menschen unter den Ruf: „Schlagt die Juden tod!“ aus dem Friedrichsstraße 85 belegenen „Arachmann'schen Lokal“, einem Hauptquartier der Antisemiten, auf die Straße strömten. Da nun zur Herstellung der öffentlichen Ordnung und Ruhe ein gütliches Einschreiten nicht mehr anzudehen erschien, so wurden 30 berittene und ebensovielle Schutzleute zu Fuß, die schon vorher konfiszirt waren, zur Säuberung der Straßen kommandirt. Hierbei stießen die Beamten mehrfach auf Widerstand und mußten daher viele Verhaftungen vorgenommen werden. Die Mehrzahl der Tumultuanten (Studenten, Offiziere, Beamte, Kaufleute) entfernte sich nach dem Cafe National, wo ein so heftiger Menschenandrang stattfand, daß die großen Entreescheiben zertrümmert wurden. Die schon am Cafe Bauer geschiedenen Symen wiederholten sich hier, und mußten daher die polizeilichen Maßnahmen bis zur Kranzlerstraße ausgedehnt werden. Erst gegen 3 Uhr Morgens schien die Ruhe auf den Straßen wiederhergestellt zu sein. Auf dem Polizeirevier in der „alten Mauer“ waren bis zu diesem Zeitpunkt nicht weniger als 50 Sibirier eingekerkert, von denen aber kein einziger dem „Janhage!“ angehörte.

Soweit der Bericht. Die charakteristisch der Schluß ist! In demselben Augenblicke, wo ihm das Gegenstück ad oculos vordemonstrirt wird, kann sich das Bourgeoisgemüth nicht von der Vorstellung frei machen, daß Janhage! und Arbeiter dasselbe sei!

Wenn es Arbeiter gewesen wären, lieber „Volkszeitung“, da wäre die Polizei bei der Aufforderung nicht gar so höflich gewesen. Mit Arbeitern wird kurzer Prozeß gemacht, die werden ohne Weiteres verhaftet und auf mehrere Tage eingekerkert, wenn sie es nur wagen, ein Hoch auf ihre Kandidaten auszubringen, wie es im 4. und 6. Berliner Wahlkreis, in Dresden u. s. w. geschehen.

Das ist eben heute der Unterschied: der Janhage! wird heute geküßt und geschont, der Arbeiter aber wird brutalisiert, am liebsten schlägt. So machte es Bonaparte mit seiner Dezemberbande, und so macht es ihm Bismarck mit seinem Antisemitismus nach.

Der Ruf: „Schlagt die Juden tod!“ geschrie selbst Stöcker's „Reichsbote“ ein, nun, die Namen der Schreier sind polizeilich festgestellt, wir werden aber schwerlich zu lesen bekommen, daß einer derselben als „eine Person, von welcher eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere der Eintracht unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen zu befürchten sei“ aus Berlin ausgewiesen worden sei. Dazu muß er viel Schlimmeres gethan, z. B. Unterführungen für die Familien der Ausgewiesenen gesammelt haben oder dergleichen verbrecherische Handlungen mehr.

— Wie man sehen muß. Daß sich die Pfaffen auf's Hege an Besen verstehen, ist eine alte Geschichte, es ist aber doch gut, von Zeit zu Zeit ihr System wieder einmal zu beleuchten. Am Tage nach der Wahl hielt Herr Stöcker in Berlin mit seinen Getreuen eine Versammlung ab, in welcher er der Wuth über seinen Durchfall freien Lauf ließ. Wie der christliche Propagandist dabei verfuhr, beweist folgende Stelle, die wir dem Bericht seines eigenen Organs, des „Reichsboten“ entnehmen. „Nach dem üblichen Schimpfen auf die Judenblätter heißt es da:

„Redner hat, wie früher schon, in diesen Tagen besonders briefliche Sympathie- und Antipathiebezeugungen erhalten; Briefe und Postkarten waren zum Theil, von andern Unflätigkeiten abgesehen, mit Menschenoth beschriftet. (Allgemeine Entrüstung, anhaltende Psuirafe.) Und da geben die fortschrittlichen Kandidaten vor, die Kandidaten der „gebildeten Welt“ zu sein? Da muß man in der That rufen: Psui! (Lebhafter Beifall.) Redner hat manchen Strauß mit den Sozialdemokraten befaßt, auch wilde Briefe und Mißthatsäußerungen von ihnen erhalten, aber solcher Gemeinheit waren sie nicht fähig, wie diese Vertreter des angeblich „gebildeten“ Theils der Bevölkerung. Da muß man sich doch die Frage vorlegen: Sind Menschen, die solches thun, noch werth unter uns zu leben? (Stürmische Rufe: Nein!) Die Judenfrage ist brennend. Es fragt sich, ob die Juden noch Weisheit, Gerechtigkeit und Ordnung lernen. (Rufe: nein, niemals!)“

Nun merke man auf, wie schlan der Paffe zu Werke geht. Den Brief mit Menschenoth wollen wir einmal für wahr annehmen, mit den Postkarten ist es jedenfalls Flunke, da sie in Deutschland nicht spedit werden, auf keinen Fall aber kann Stöcker wissen, wer die Briefe an ihn geschickt hat. Nichtsdestoweniger, nachdem die Versammlung — nebenbei die professionmäßigsten Stundalmacher — ihrer „Entrüstung“

*) Eines der feinsten Bierrestaurants von Berlin, wo nur sogenanntes cheres Bier ausgehänkt wird, und welches sehr stark von Offizieren besucht wird.
**) Wortlaut der berichtigten Ausweisungsbefehle.

Ausdruck gegeben, fährt er fort: „Sind Menschen, die solches thun, noch werth, unter uns zu leben?“ Nachdem er darauf von seiner Garde das notwendige Nein! erhalten hat, geht es nun unmittelbar weiter: „Die Judenfrage ist brennend u. s. w. Seine Garde versteht ihn so gut, daß es nunmehr im Hallo! losgeht: „Hinaus aus Deutschland, auf den Scheiterhaufen!“ und ähnliche Rufe mehr. Und da gibt es noch Leute, die sich wundern, warum in Berlin der Belagerungsstand herrscht — für Sozialdemokraten!

— Sehr richtig. In einem trefflichen Artikel in der „Justice“, die deutschen Reichstagswahlen“, äußert sich Charles Longuet am Schlusse über die Wahlerfolge unserer Partei folgendermaßen: „Soll man daraus, wie es bereits die Organe des Liberalismus in Deutschland und England thun, den Schluß ziehen, daß nur die Verfolgung die deutsche Sozialdemokratie so stark gemacht habe? Nichtsfolgende Nebenart! antworten wir der „Times“, welche zum hundertsten Male diese Theorie aufreißt. Die Verfolgung hat den deutschen Sozialismus nicht getödtet, an verschiedenen Orten hat sie ihn nicht einmal am Wachsthum verhindert. Welchen andern Schlag darf man daraus ziehen, als den, daß derselbe eine ununterdrückbare Kraft ist, und daß ihm die Freiheit hundertmal günstiger gewesen wäre! Das Beispiel anderer Länder ist hier durchaus unanwendbar; wenn z. B. in England sich die sozialistischen Verhältnisse dieses Landes, seiner freieren Institutionen, aber es hat auch seine andern Ursachen. Was man in den beiden Ländern vor allen Dingen vergleichen muß, das ist der Bildungsgrad und die ökonomische Lage der Masse. Politisch ist der englische Arbeiter freier als sein deutscher Bruder, nicht aber geistig, obwohl er eine Vorstellung davon hat, daß die Lehren der Manchester'schen Schule für seine Emancipation nicht hinreichen.“

— Zum Kapitel der Reichspolizei. Die Königl. Regierung des **Kreises an die Oberämter** Das Polizei-Präsidium in Berlin hat auf vertraulichen Wege die Mittheilung erhalten, daß gegenwärtig sozialrevolutionäre Flugchriften aus London, betitelt „Der Freundschaftsbrief“, „Eigentumsmaximale“, „Woju noch mehr Papier“ in Blechklapseln als kondensirte Milch massenhaft über den Bodensee geschafft und in Süddeutschland an verschiedenen, meistens kleinen Orten der Post übergeben werden. Die Oberämter werden daher angewiesen, unverzüglich sämtliche Vorhände der Postämter ihres Bezirks von dem Vorstehenden in Kenntniß zu setzen, mit der Befehl, daß Sendungen, welche in obiger Hinsicht als verdächtig erscheinen, anzufassen sind und den betr. Oberämtern zur weiteren Verfügung schleunigst Mittheilung zu machen ist.

R. R.
„Dieser Erlaß“, schreibt uns ein misrathener Stephansknacht, „wurde uns vor Kurzem zur gehörigen Kenntnismahme feierlich kundgethan. Da wir aber nicht zur Hemmung, sondern zur Beförderung der Transporte angehalten sind, und da bedrucktes Papier bis jetzt anderen Postämtern noch keinerlei Schaden zugefügt hat, so werden wir unsere Zeit anderen Dingen als den Milchbüchsen und sonstiger Leptindereien zuwenden. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, darüber zu wachen, daß sie hübsch postmäßig verpackt sind — die Blechklapseln nämlich.“
Auch noch andere, und zwar recht artige Dinge erfahren wir aus der Zuschrift, wir behalten sie aber einstweilen für uns.

— Polizeischarakteren hat es bis, während und nach der Wahl so viele gegen uns gerechnet, daß man damit ein ganzes Buch anfüllen könnte. Das Gefühl hat sich nachherde so daran gewöhnt, sich jede Injämie gegen uns zu erlauben, jeden Sozialisten als vogelfrei zu betrachten, daß es gar keine Schranken mehr kennt. Wie ein Hund, der Blut geleckt hat, ist es stets darauf aus, je nachdem sich die Gelegenheit bietet, zu verhaseln, zu behausen, konfiszieren und anzuführen. Kommt ihm gerade kein Sozialist unter die Finger, so schnappt der Polizeihund von Zeit zu Zeit nach Fortschrittler oder der gleichen. Dann erhebt sich ein solches Geschrei, daß der Schaden schleunigst reparirt wird; den Hund wieder an die Kette zu legen, fällt Niemandem ein, der Sozialist ist und bleibt ihm gegenüber vogelfrei. Dieser Zustand hat sich auch bereits so einbürgert, daß ihn Viele leider schon für den normalen halten und einzubürgerer Weise die Gesetze, welche den Staatsbürger schützen, streng beobachtet hat, oder aber wo die Polizeiwillkür weit über die alltägliche Gewohnheit hinausgeht.

Ein solcher Fall wird uns heute aus Wöppingen gemeldet. Seit je arbeitet das dortige Ordnungshandentum darauf hin, den Genossen Bronnemaier, der daselbst eine Wirtschaft betreibt und ein sündliches Amt bekleidet, materiell zu ruinieren. Im vorigen Jahre hatte man ihn mit noch 2 Genossen am 27. Oktober verhaftet und 11 Wochen lang in Untersuchungshaft gesteckt, wonach man ihn endlich, da absolut nichts gegen ihn anzuführen war, freilassen mußte. Wenn am Jahrestage dieser Injämie ist Genosse Bronnemaier wieder überfallen, behausacht und verhaftet worden. Grundem wurde trotz dreiflüchtiger Schuldfreiheit absolut nichts Verhängliches — einige Stimmzettel und Wahlanfrage für Bebel wurden in Ermanglung von etwas Besserm als glückliche Beute konfiszirt — aber Bronnemaier sitzt nichts desto weniger in Haft, und wenn er wieder herauskommen wird, das wissen die Wöpper, d. h. die Schurken.

Wir aber wissen, daß wir am Tage der Abrechnung nichts schuldig bleiben werden!

— Ein Gesandniß. Nur aus den rauchenden mit Blut bespritzten Trümmern kann eine neue Ordnung entstehen, welche mit dem bisherigen auf räthselvoller Selbstsucht aufgebautem System brechen wird.“ Diese Worte, von wem könnten sie sonst herrühren, als von einem Mitglied jener verruchten Nordbrennergeseilschaft, welche noch heute in dem Kandelken an die Greuelthaten der Pariser Kommune schweigt? Fehlgelassen, sie sind entnommen einem Briefe des Königl. preussischen Stadigerichtsath G. Wilmanns in Berlin an Herrn Niccolav Drer, Ritter von Lubomir in Lemberg, und mit Bewilligung des Briefschreibers vom Adressaten dieser Tage in einer Broschüre veröffentlicht worden. Wenn das am grünen Holze geschieht, was soll man da vom Lärren erwarten?

— Humberg, Prinz „Freimaurer“. „Unser Frig“ ist bekanntlich Freimaurer, sogar ein großer Herr unter den Freimaurern, was, bei der freimaurerlichen „Gleichheit“ alles dessen was Menschenanthug trägt, natürlich nicht auf Rechnung seines Kronprinzenthums zu setzen ist. Vor einigen Tagen war er in der Berliner „Ritterloge“ zu den drei Weltkugeln, wo dem verstorbenen Prinzen der Niederlande eine Todtenfeier veranstaltet ward, und hielt bei dieser Gelegenheit eine „meisterhafte“ Rede, in welcher er besagten Prinzen u. A. „eine Säule der Freiheit und Menschlichkeit“ nannte. „Eine Säule der Freiheit und Menschlichkeit!“ Als ob unser Frig in Freiheit und Menschlichkeit seine höchsten Ideale erblickte. „Eine Säule der Freiheit und Menschlichkeit.“ Wer? Dieser Prinz der Niederlande, der war nicht der Weltgeschichte, aber der Chronique scandaloise angehöret, und von dem man nichts anderes weiß, als daß er einer der lieblichsten Taugelnisse unseres Jahrhunderts gewesen ist? Ein Maßstabgänger, der sein Leben lang nichts Rühliches gethan, und seine Liebe zur „Freiheit und Menschlichkeit“ nur im „freien“ Umgang mit „Menschen“ sündlichen Geschlechts bewiesen hat? Jedenfalls ist der widerliche Humberg des Freimaurerthums durch diese Todtenfeier, nicht obligater Kronprinzlicher Rede ebenso amfahnt als drastisch illustriert worden.

Aus Leipzig, den 28. Oktober, schreibt man uns: Unsere Nationalliberalen sind ganz aus dem Häuschen! Bebel in der Stichwahl! Stephan in Gefahr! Das hätte sich das „Tageblatt“ nicht träumen lassen, wenn es auch seit Wochen allmorgentlich das Geplänkel der Wahl Bebel's aufmarschieren ließ. Thatsache ist, Herr Stephan kann nur dadurch von einer Niederlage bewahrt werden, daß die fortschrittlichen und äusseren Gegner der Nationalliberalen bei der Stichwahl für Stephan stimmen. Mit der „Hochburg“ des Nationalliberalismus, in die schon bei der letzten Landtagswahl Besche geschossen ward, wäre es sonach jetzt zu Ende. — Daß wir Bismarck wiedererobern haben und Chemnitz sicher wiedererobern werden, hat auf unsere Nationalliberalen fast ebenso verblüffend gewirkt, als ihre Niederlage in Leipzig. — Ob der Leipziger Landkreis der „rothen Umsturzpartei“ anheimgefallen ist oder nicht, läßt sich noch nicht übersehen, da die Berichte aus W bis W Oestfalten noch ausstehen. Die gegen hat aber nach den bis jetzt bekannten Resultaten einen tüchtigen Vorsprung. — Dagegen scheint der 19. Wahlkreis (Schneeberg-Stollberg) für uns verloren zu sein. Die Beeinflussungen waren dort zu groß, und die Behörden haben im letzten Moment durch Hausdurchsuchungen und Verhaftungen so eingeschüchtern, daß die Masse der Wähler nicht zur Wahlurne zu gehen wagte. Lieblich ist aber in Mainz und Offenbach in der Stichwahl, in letzterem Kreis mit ziemlich sicherer Aussicht auf Erfolg. — Ueber Berlin ist noch nichts bekannt, wenigstens nicht über den 4. und 6. Wahlkreis. — Das Resultat in Dresden entspricht genau den Erwartungen. Bebel kommt mit Stäbel in die Stichwahl, und wird, da die Stöcker'schen und Fortschrittler schwerlich in Masse für Stäbel stimmen werden, voraussichtlich siegen. — Von Blauschwan-Neerane noch keine Entscheidung. — Doch genug. Wenn diese stückigen Zeilen bei Ihnen eintreffen, werden Sie durch den Telegraph schon vollständig unterrichtet sein. Die Begeisterung unter den Genossen ist groß; wir haben in den letzten Wochen ohne Ruhe und Raß gearbeitet, und die Arbeit ist nicht zu Ende! Allein milde ist keiner, und wie bei uns, so steht überall. Wir sehen, daß es vorwärts geht; wir sehen, daß wir mit den Feinden, trotz alledem und alledem fertig werden, und so kann's nicht am guten Rath fehlen. Bringt uns die hiesige Stichwahl nicht den Sieg, so ist sie doch ein großer Triumph für uns. —

— **Abschluß.** An der Jahresversammlung der Schweizerischen Studentenverbindung Helvetia, die dieser Tage im freundlichen Langenthal stattfand, hielt stud. jur. Paccand von Lausanne ein jugendfrisches Referat über das Asylrecht, worin er namentlich energisch für die Wiedereinführung eintrat nach dem Grundsatze, daß das Gebot des Schweigens die größte Verfolgung sei, und verlangte, daß Gebote nicht länger durch Kabinets-(Verwaltungs-)Justiz abgegrenzt, sondern eidg. Assisen überwiesen werden. In diesem Falle werde der Bundesrath auch weniger mit auswärtigen Kabinetten in Konflikt kommen. Herr Paccand will ein ausgedehntes, freies Asylrecht, nicht den schwachen Abtand eines solchen, wie ihn die republikanischen Schwächlinge unserer Tage gerne haben möchten. Bravo! So rufen wir mit dem „Grätianer“, dem wir diese Notiz entnehmen. Das ist denn doch eine ganz andere Tonart, als wir sie von den deutschen Russenführern zu hören bekommen, die entweder mit Stöcker, Treitschke und Compagnie Sozialistenhetze machen oder ihren höchsten Stolz und ihre deutsche „Würde“ darin sehen, Erzyhlister zu sein.

— In Irland dauern die Verhaftungen der Führer der Landliga fort. Es sollen bereits über 400 Personen hinter Schloß und Riegel liegen. Auf Veranlassung des hohen Klens eifert auch ein Theil des niederen gegen die Forderung „no rent“, was die gute Folge hat, daß das Volk den Kirchen Mül den Rücken kehrt.

— In der am 23. Oktober stattgehabten Mitgliederversammlung der deutschen Sozialdemokraten in Zürich wurde der Beschluß gefaßt, es möge im „Sozialdemokrat“ unter Darlegung aller Verhältnismomente vor dem höchst zweideutigen Sozialrevolutionär August Reinsdorf alias Bernstein, Geller u. s. w., als der gewerbdemüthigen Spionage dringend verdächtig gewarnt werden. Seitdem ist bekannt geworden, daß Reinsdorf von Freiburg (Schweiz) aus wegen Unzucht, begangen an einem neunjährigen Mädchen, gerichtlich verfolgt wird. In selbige glauben wir die Alten über diesen Ehrenmann schließen zu können. Uebrigens ist Reinsdorf neuerdings in München verhaftet worden.

— Die Anarchistenblätter „Revolte“ und „Freiheit“ überschütten uns wegen unserer Bemerkungen zum Leipziger Hochverratsprozess mit allerhand Viedermüthigkeiten, „Redakteure, Ihr seid Duden“ und dergleichen mehr. Unsere „Biberei“ besteht nämlich darin, die Harmlosigkeit der Angeklagten konstatirt zu haben; das paßt den anarchischen Reflamehelden nicht in den Kram. So ungerne wir nun über die Opfer der Reinsdorf-Bernstein-Geller'schen Vergewaltigung ein Wort verlieren, so müssen wir doch die Londoner und Genfer Viedermänner auf die Auslage ihres Freundes Dave, dieses „einfachen, bescheidenen Mannes mit dem scharfen klaren Verstande“ verweisen, der in öffentlicher Sitzung erklärte:

„Ich hatte geglaubt, man hätte mir die Adressen von wirklichen Revolutionären gegeben, aber was ich in dieser Beziehung von meinen Mitangeklagten jetzt gehört habe (zuckt die Achseln) — vielleicht entsprechen Sie, zu denen ich noch nicht gekommen bin, mehr meinen Vorstellungen.“

Die Bescheidenheit Dave's aber wird durch seine Erklärung, es sei ihm gelungen, Karl Marx über Bord zu werfen, einigermaßen illustriert. Ueber seine „Klarheit“ wollen wir schweigen, nachdem er — wieder in öffentlicher Sitzung — die in Mosk's „Taktik contra Freiheit“ entwickelten Theorien für Utopia erklärt und von Mosk als einem Menschen, der von Anarchismus und Revolution „nichts versteht“, gesprochen hat. Wer da den klaren Verstand hat, möge die Herren unter sich abmachen.“

— In der „Freiheit“ wird der berüchtigte Jenge Koller mit nicht zu verkennender Absicht sozialistischer Reichstagskandidat genannt. Wahrscheinlich ist derselbe von seinen Kollegen Reumann, König, Jaded, Horsch, Lehmann, Woff, Jacobi und Konforten aufgestellt worden.

*) Zu erwähnen wäre wohl auch, daß, als im Sommer einige der verhafteten „Hochverräther“ wieder freigelassen werden mußten, die Herren der Londoner „Freiheit“ bezüglich der in Haft verbliebenen und jetzt verurtheilten Sozialrevolutionäre schreiben, daß diese ihre Haft nur ihrer Energielosigkeit (weil sie nicht energisch genug zu protestiren verstanden hätten) zu verdanken haben. Sie beschuldigen also gestern ihre „jüdischen Nachbarn“ von heute der Feigheit. Ann. des Siegers.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Korrespondenzen.

— **Königsberg,** 20. Oktober. Großer Jubel im Lager der Fortschrittspartei! — Vittoria! rufft heute unsere gute Herrin! In Vittoria! ihr habt gekämpft, der Sieg ist euer, auf, laßt die Götter klingen! Jeder von euch ist ein Held, und der Erwählte, Professor, Medizinal-

rath a. D., Dr. Müller, euer Feldherr! Frau, Lieb Vaterland, laßt sich ruhig sein, du bist gerettet; in den Reichstag sendet Königsberg einen Sozialistenreifer vom reinsten Wasser, der, wie er selbst sagt, es sich zur Lebensaufgabe gemacht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und zu vernichten.

Zwei Parteien, mit allen Mitteln zum Kampfe ausgerüstet, fanden sich hier gegenüber. Die vereinigte nationalliberale und Fortschrittspartei (Dr. Müller) und die konservative (Justizrath W e i c h e n). In ihren Wahlversammlungen haben sie sich in der Hauptsache gegenseitig bekämpft. Der Dr. Müller wurde von der gemäßigteren Partei sogar des Eidbruchs beschuldigt. — Unter dem Druck des Sozialistengesetzes war für unsere Partei keine Aussicht, eine auch nur irgendwie in die Wahlschaale fallende Stimmenzahl zu erhalten, obgleich die Sperrfähigkeit einzelner Parteimitglieder anerkannt werden muß. Als Kandidat wurde Bebel gewählt. Seine Kandidatur konnte nur durch Flugblätter bekannt gemacht werden, die jedoch gleich nach der Veröffentlichung am Sonntag Nachmittag von Polizeibeamten aus den Häusern wieder abgeholt wurden. Die hiesigen Zeitungen verweigerten jede Bekanntmachung in Betreff unseres Kandidaten. Daß wir trotz alledem gegen 100 Stimmen erzielten, ist gewiß unter diesen Umständen ein sehr günstiges Resultat.

Der f. B. unter dem Verdachte, die Drohbriefe an hiesige Richter und den Staatsanwalt geschrieben zu haben, verhaftete Genosse befindet sich noch im Gefängniß. Die Untersuchung soll beendet und die Anklage gegen ihn erhoben sein. K. N.

— **Leipzig,** 20. Oktober. Wir können mit dem Wahleresultat hier sehr zufrieden sein. Bebel kommt im Stadtbezirk mit Stephan in die Stichwahl, die Erbitterung und der Haß gegen den nationalliberalen Terrorismus sind so groß, daß wir auf einen großen Theil der fortschrittlichen Stimmen rechnen dürfen und ein Sieg Bebel's daher durchaus nicht unmöglich ist. Im Landkreis sind wir unterlegen, doch dürfte die Majorität des Kompromißmichels eine sehr geringe sein.

Der f. B. unter dem Verdachte, die Drohbriefe an hiesige Richter und den Staatsanwalt geschrieben zu haben, verhaftete Genosse befindet sich noch im Gefängniß. Die Untersuchung soll beendet und die Anklage gegen ihn erhoben sein. K. N.

Wiegen: Diegen: Segner:

Hollmarödorf	919	328
Lindenan	879	597
Neuhadt	402	245
Neuhörsfeld	284	84
Stötteritz	556	119
Connewitz	530	165
Thauberg	283	155

sowie eine ganze Reihe kleinerer Orte. Die Stöcker'schen haben am Vorabend der Wahl ein lässliches Bravourstückchen angeführt. Ueber dem Fenster der im ersten Stock befindlichen Dienstwohnung des Gensdarmereichobers wurde ein Wahlaufruf für Diegen angeheftet, der am Morgen des Wahltags allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog. Das „Leipziger Tageblatt“ nennt dies „frech“. Um polizeiliche Erlaubniß sind die Genossen freilich dabei nicht erst eingekommen.

— **Frankfurt a. M.,** 24. Oktober. Daß die Genossen so selten von hier zu hören bekommen, hat seinen Grund in der bodenlosen Gemeinheit, mit welcher die Hochblüthe hier vorgeht, und von der ihr im Leipziger Hochverratsprozess eine kleine Probe zu sehen bekommen habt. Solche Schurke, wie der Ordnungsbauhandl. Kumpff, der da die Hauptrolle spielte, haben wir hier viele, ebenso fehlt es nicht an Lumpen à la Horsch. Deshalb hielten wir es nicht für gut, im Parteiorgan viel von uns reden zu lassen, aber geschlafen haben wir denn doch nicht. Seit der Wahlkampf entbrannt ist, haben wir auch wieder die öffentliche Agitation aufgenommen und sind in fast jeder Versammlung in großer Anzahl, sehr oft in großer Majorität vertreten gewesen. Sobald aber Einer von uns das Wort verlangt, wird die Versammlung aufgelöst. Unsere Gegner mühen sich die Regierung schimpfen, so viel es ihnen paßt, das macht nichts, wenn es nur kein Sozialdemokrat ist. Gestern früh 6 1/2 Uhr verbreiteten wir unser Flugblatt in 25,000 Exemplaren, und ist alles gut abgelaufen. Da die heiligen Schutzengel noch schliefen, so konnten wir ruhig arbeiten, nicht einen dieser verdammten Sozialdemokraten konnten die Schläger der Ordnung erwischen. War zu gern mühten sie jetzt den Verleger des Flugblattes abzufassen, aber auch der ist vor ihren Klauen sicher. Die Stimmung unter den Genossen ist hier sehr gut, wir hoffen, daß wir in die Stichwahl kommen. (Ist inzwischen in Erfüllung gegangen! Red.)

— **Stroßburg,** 24. Oktober. Gestern Abend hatten wir das Vergnügen, in einer reicheren Arbeiter-Versammlung (welcher Dolch!) unsere Kandidaten Bebel öffentlich zu proklamiren und hochleben zu lassen; die Herren Professoren Scholler und Bartholdy waren ganz verhebert, als sie wahrnehmen mußten, daß in ihrem „Arbeiter-Fortbildungsverein“ sich sozialistische Elemente befinden, die es wagen, gegen ihre Vereinsmitglieder öffentlich aufzutreten, während sie glauben, unsere Leute dienen ihnen nur zur Unterhaltung.

Die guten Versammlungen hatten natürlich keine Abnung, daß drei Stunden darauf die schristliche Proklamation in Gestalt von über 4000 Flugblättern, 8000 Stimmzetteln und 100 Plakaten folgen würden.

Uebrigens sind zwei verheiratete Genossen verhaftet worden: Hoffmann und Duhmann. Ersterer nach Schluß der Versammlung, letzterer beim Verbreiten der Flugblätter. Am Morgen darauf erfolgten natürlich Hausdurchsuchungen. Weiteres habe ich noch nicht in Erfahrung bringen können. Heute, am Abend des 24. ist noch eine reichere Versammlung. Parole: Die Franzos, die Deutsch! Diesmal ist der Kampf heiß.

— **Wien,** 22. Oktober. Die Hinrichtung des Jünger'schen Kuglbauer, der seinem Vorgesetzten, Korporal Hartl, eine Kugel in den Rücken geschossen, fand am 16. Oktober in Dandahofe (?) in Wien statt. Kuglbauer's kräftiger Körper widerlegte sich dem Versuch des Scharfrichters, ihn im Augenblick zu tödnen; erst nach acht Minuten konnte der Tod konstatiert werden. Während der Prozedur wurden zwei Personen, darunter ein Militär, ohnmächtig. Es wundert mich nur, daß es nicht öfters vorkommt, daß sich ein Soldat an seinen Vorgesetzten rächt, wenn man die schändliche Behandlung der Rekruten in Betracht zieht. Ich habe täglich Gelegenheit, bei der jetzigen Rekrutenabrichtung Jenge zu sein, wie wichtig die Korporale die Rekruten behandeln. Nicht nur auf dem Exercierplatz, sondern auch auf den Gassen werden Christen und Kippenhüte verabschiedet, und die gemeinsten Schimpfereien gebraucht, sogar Straßergewalt werden zum Gefährder der Straßengänge auf den Woffen gemacht, und das in Gegenwart von Offizieren. Bei wem soll sich der Soldat beschweren? Und wenn er es that, wird es ihm etwas nutzen? Das ist schon die rechte Methode, Vaterlandsliebe einzubläuen, durch solche Behandlung muß endlich der Soldat zur Einsicht kommen, daß sein Heil nur beim Volke zu suchen ist. Wäre Kuglbauer kein Soldat und Hartl kein Korporal gewesen, so wäre der Letztere entschieden begradigt worden, beim Militär mußte man aber ein Exempel statuiren, um den Despotismus aufrecht zu erhalten!

Die hiesige Presse — ob jüdisch, ob katholisch, ob liberal, ob konservativ — behandelt die ganze Affaire Kuglbauer so gleichgültig, als ob es sich um irgend ein durchgegangenes Pferd oder dergleichen handelte. Die Jagdmente unserer Kaiserin, das ist ein viel interessanteres Thema.

— **Krausenfeld,** 11. Oktober. Angesichts der immer mehr um sich greifenden Macht des Kapitals und der dadurch entstandenen Nothlage des Arbeiterstandes und Kleingewerbes berieten wir am letzten Sonntag eine Versammlung der Schreiner und verwandten Berufsgegenossen ein, zu welcher trotz des eingetretenen Regenwetters sich Genossen von Adorf, sowie zwei Delegirte des Schreinerfachvereins Zürich eingefunden hatten. Nachdem der Unterzeichner den Anwesenden die Tagesordnung: Zweck und Nutzen eines Zentralverbandes schweizerischer Holzarbeiter vorgelegt hatte, fand nach lebhaften Debatten nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

In Erwägung: Da die Ehre und das materielle Wohl der Schreiner und Fachgenossen gegenüber der immer mehr um sich greifenden Macht des Kapitals nur durch einheitliche Organisation geschützt werden kann, und da dieser Zweck nur erreicht werden kann: 1) durch Beschränkung der täglichen Arbeitszeit und Einführung eines zeitgemäßen Normalarbeits-tages, unter Jangendbelegung eines Lohnes, welcher für die Befriedigung aller Bedürfnisse des Arbeiters und deren Familien vollständig ausreicht; 2) durch Verhinderung sozialistischer Erhebungen über Lohn und Arbeitsverhältnisse der betreffenden Gewerbe in Bezug auf die Löhne und die

Lebensbedürfnisse u. s. w. Regelung der Arbeitsvermittlung durch Begründung eigener Arbeitsnachweisedbüros und 3) Gründung einer Zentral-Kranken- und Sterbefasse, erklärt die heutige Versammlung die Gründung eines Holzarbeiterverbandes für zweckmäßig und überhaupt notwendig und fordert die bereits bestehenden Schreinerfachvereine auf, für eine möglichst baldige Zentralisation Sorge zu tragen.

Ein dreimaliges Hoch auf die zukünftige Schreinerorganisation, sowie eine sehr gemüthliche Unterhaltung schloß die Versammlung in später Abendstunde.

Wegen daher die Genossen der Schweiz den Ruf nach Vereinigung der heute vom Osten her an sie ergeht, bereitwillig Folge leisten und unsere beruflichen und allgemeinen Interessen nach besten Kräften fördern.

Mit brüderlichem Gruß!
Chr. Waiblinger.

Zürich. Am letzten Freitag kamen die hiesigen Genossen in der „Reyerei“ zusammen, um die Nachrichten über den Ausfall der Wahlen in Deutschland entgegenzunehmen. Die Erfolge unserer Genossen in Berlin, Mainz, Frankfurt, Leipzig, Dresden, Breslau u. s. w. erregten allgemeine Begeisterung. Sofort wurde eine Sammlung für die Stichwahlen vorgenommen, welche das hiesige Resultat von 140 Fr. ergab. Außerdem hat die hiesige Parteimitgliedschaft beschlossen, 200 Fr. für den gleichen Zweck nach Deutschland zu senden.

No Rent! (Keinen Pachtzins!)

Aus heit' dem Himmel läßt ein jäher Bliz Herab auf aller Schlemmer weiches Bett, Der anders lünger, als ein saurer Bliz, Den Weidinger auf's Ren' verbrachen hätte. „No Rent!“ rufft Irland, und in Schottlands Gauen „No Rent!“ tönt lauter schon der Rossenfreier. „No Rent!“ in England und mit wildem Grauen Gilt rasch John Bull zur hohen Polizei.

Den Wuchern graußt es rings von Pol zu Pol, Das Volk will keine Gold'ne nicht mehr reichen, Daß alles Wucherthum der Teufel hol', Gilt's nur ein Privileg jetzt auszureichen. Das Volk entringt die gold'ne Frucht dem Land, Es raucht des Volkes Schwweiß aus allen Ecken; Wofür? Für einen kleinen Herrenstand Und seine Pferde, Hirsche und Waitressen.

Es ist ein wilder Schrei; erpreßt der Noth Der Sklaven, die bei schwerer Arbeit darben, In demuthsvollen Zeichen um ihr Brod Zu Millionen bei der Arbeit darben. „No Rent!“ Der Arbeitsscheuen Winter naht, In dem die Wölfe um ihr Futter heulen, Die Arbeit rufft sich auf zur kühnen That Und will die Arbeit mit den Herrschern theilen.

Bläß nur Alarm! Vermehret die Polizei, Dingt Euch den Teufel! Speiet Gift und Galle, Briest erst ein Volk die Ketten hoch zuweil, Kommt Euer Weltenhochmuth sich zu Falle. Bist du Naturgesetz? Jeig's, Kapital, Des Volkes Naturkraft will drum mit dir hadern. Und will das Volk, so stockt mit einem Mal Das Herrscherblut in der Tyrannen Adern.

(„Rebelposter.“)

Briefkasten

der Redaktion: E. Sch. in Conc.: Trsf für diese Nummer selber zu spät ein, daher erst in nächster Nummer.

der Expedition: Michel Stieber: Rf. 30. — Ab. Aug. Schf. u. Ggr. erh. Weiteres vorgeh. — E. R. Lawrence: Fr. 10,30 à Sto. Schf. u. erh. Photogr. folgen später. Früheres Ab. ergl. Erst. Beschäftigung unklar, da Antwort auf unsere Anfrage nicht erfolgte. — Dorobusch Philad.: Fr. 51,80 Ab. 4. Cu. erh. Brf. mehr. Gruß! — Dr. A. Sch. Rice: Fr. 5. — Ab. 4. Cu. 81 u. 1. Cu. 82 erh. — F. Egl. u. E. W. London: Fr. 20. — Ab. 2. 3. 4. Cu. 81 u. 1. Cu. 82 erh., desgl. Fr. 10. — Ab. 4. Cu. 81 bis Ende 3. Cu. 82. f. E. Sch. Mand. — Wandobeser Klub Rev-Jour: W. St. 1. 7. 9 (Fr. 35.) durch E. erh. u. dem Wids. dankend zugew. Jodquitt. später wiederholt. — A. A. Ergus: Fr. — 50 Phot. erh. — Sauertraut G. G.: Fr. 20. — „Hersengeld“ b. Wids. zugew. „Die Tapferkeit ist eine Tugend, doch Wacker heißt sich ohne ihr.“ — Th. B. Wu.: s. p. 1. — für Photogr. erh. Sdg. abgeg. — E. Sch. G.: Rf. 3. — Ab. 4. Cu. erh. — Bekannter Dr.: Fr. 14,50 Ab. ab 1. Febr. 81 bis 1. Febr. 82 durch Jodbuch erh. Preisausf. sehr interessant. Wollen sehen, ob sich Einer findet — Dtsche Soz. Zürich: In der Reyerei durch A. U. für die Stichwahlen gesammelt bei Verklündigung der Wahlergebnisse: 1. Rate Fr. 97,00 und Fr. 20,85 2. Rate, dem Wids. zugew. — Caritas Rf.: Fr. 15. — Ertrag Ihrer Sammelreise b. Wids. zugew. — Von Winterthur am 30/10. durch A. G.: Fr. 17. — u. Fr. 5. — freiwillig b. M. für die Stichwahlen erh. Jodquitt. später. Fr. 3,00 v. K. mit F. verrechnet. — J. A. Ku.: Fr. 2. — Schf. erh. — O. L. Hdt: Rf. 1,50 Ab. pr. 1/2. Wt. erh. — A. W. in Zürich: Fr. 50. — dem Wids. dh. zugewiesen. Jodquitt. später.

Verlag des „Sozialdemokrat“
(A. Dettler, Kohnstraße 3, Hottlingen-Zürich.)
In unserem Verlage ist erschienen und durch uns sowie durch die **Volksbuchhandlung** in Hottlingen zu beziehen:
Programmbroschüre
(Was die Sozialdemokraten sind u. was sie wollen).
1/2 Bogen 8° Lith.
Preis per Einzel Exemplar: 10 Cts. für die Schweiz
10 Pfs. „ Deutschland
gegen Baar voranzahlung unter Beilage des Porto.
Bei größeren Partien entsprechender Rabatt.
Ferner:
Das Parteiprogramm.
(In Einzelabzug — neueste Auflage.)
Preis per Exemplar: 1 Cent. für die Schweiz
„ „ 1 Pfs. „ Deutschland.
Das Porto ist der Baarvoranzahlung beizufügen.
Ferner empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in unterhaltenden und belehrenden Schriften.
Kataloge werden gratis versandt.

Schweiz. Verlagsbuchdruckerei Hottlingen-Zürich.